

**Interpellation SVP-Fraktion:
«Savoir Social**

Savoir Social ist der Zusammenschluss von neun Arbeitgeberverbänden, sechs Berufsverbänden im Sozialbereich und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) und ist Hauptansprechpartner der nationalen Berufsbildungsbehörden. Gemeinsam mit den kantonalen Organisationen der Arbeitswelt (Gesundheit und Soziales) machen sie sich stark für eine qualitativ hochstehende Berufsbildung im Sozialbereich. Die Anforderungen im Berufsfeld Soziales sind komplex und vielfältig. In der Sozialbranche sind Berufsleute gefragt, die diese Herausforderungen mit professionellem Geschick und Freude meistern. Eine fundierte und praxisnahe Aus- und Weiterbildung sowohl für den beruflichen Nachwuchs als auch für bewährte Fachpersonen sind dafür unverzichtbare Voraussetzungen. So die Vorstellung von SAVOIR SOCIAL.

Die Vereinigung, die durch die Organisation Arbeitswelt für Gesundheits- und Sozialberufe St.Gallen vertreten ist verlangt, dass schweizweit alle Betriebe oder Betriebsteile im Behinder ten-, Betagten- und Kinderbereich Beiträge in den Fonds einzahlen.

Wir bitten die Regierung, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welches Departement ist für die Mitgliedschaft zu SAVOIR SOCIAL zuständig?
2. Wurde das Reglement über den Berufsbildungsfond für den Sozialbereich willkürlich erstellt oder wurden bei den verschiedenen Betrieben und Einrichtungen Vernehmlassungen durchgeführt?
3. Wurden die Gemeinden in die Vernehmlassung eingebunden?
4. Welche finanziellen Beiträge oder Unterstützungen leistete der Kanton St.Gallen in den letzten fünf Jahren jährlich an die OdA für Gesundheits- und Sozialberufe St.Gallen oder direkt an SAVOIR SOCIAL (z.B. via SODK)?
5. Welche finanziellen Folgen sind für den Kanton St.Gallen durch die Schaffung des Berufsbildungsfonds für den Sozialbereich und die Allgemeinverbindlichkeit zu erwarten und in welchem Umfang werden sich die Pflichtbeiträge der betroffenen Betriebe auf die kantonalen Finanzen auswirken?
6. Welche Möglichkeiten haben Kanton und Gemeinden, um die Beiträge bzw. die gesamten Kostenfolgen des Berufsbildungsfonds allenfalls zu reduzieren? »

20. Februar 2012

SVP-Fraktion